

Vorsteher des Eidgenössischen
Volkswirtschaftsdepartements
BR Joseph Deiss
3003 Bern

Zürich, den 31. Mai 2006

Kontakt: Marianne Hochuli

Telefon: +41 (0)44 277 70 11

e-mail: trade@evb.ch

Zollabbau bei Industriegütern und Auswirkungen auf Entwicklungsländer

Sehr geehrter Herr Bundesrat Deiss

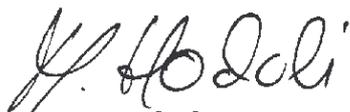
Die Doha-Runde stockt unter anderem darum, weil die Industrieländer – und insbesondere auch die Schweiz – von den Entwicklungsländern massive Zollsenkungen bei den Industriegütern fordern. Die Erklärung von Bern hat eine Studie in Auftrag gegeben, die anhand vorhandener Simulationen beleuchtet, welche Auswirkungen solche Zollabbauforderungen für Entwicklungsländer haben können.

Anders als in Industrieländern spielen Zölle für viele Entwicklungsländer nach wie vor eine vitale Rolle. Einerseits schützen sie junge Industrien vor ausländischer Konkurrenz, andererseits bringen sie einen Grossteil der Steuereinnahmen. Werden Entwicklungsländer durch den Abschluss der so genannten „NAMA-Verhandlungen“ über die Industriegüter gezwungen, ihre Zölle markant abzubauen, würden einheimische Produzierende dem Wettbewerb mit wirtschaftlich stärkeren Ländern ausgesetzt und dadurch ihre Existenz gefährdet. Konkret würden Millionen von Arbeitsplätzen verloren gehen. Zudem erlitten die ohnehin knappen Staatseinnahmen von Entwicklungsländern beträchtliche Ausfälle, was die Mittel für öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheits- und Bildungswesen weiter schmälern würden. Diese Tatsache betont selbst der internationale Währungsfonds. Gemäss dem aktuellen Vorschlag entgingen beispielsweise dem indischen Staat Einnahmen von fast 6 Milliarden Dollar - gleichviel wie Indien für sein Gesundheitswesen ausgibt.

Ihre eigenen Volkswirtschaften haben die Industriestaaten jahrzehntelang durch hohe Zölle geschützt, bis sie genügend stark waren, um im Wettbewerb mit anderen Ländern bestehen zu können. Dieselben Schutzmöglichkeiten sollen den Entwicklungsländern nun verwehrt werden.

Die Erklärung von Bern fordert Sie dringend auf, sich in den anstehenden Verhandlungen dafür einzusetzen, dass der gegenwärtige NAMA-Verhandlungstext durch eine Vorlage ersetzt wird, die die Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsländer besser berücksichtigt. Den zahlreichen Vorschlägen von Entwicklungsländern bezüglich Zolllsenkungen, Zollbindungen, Sonder- und Vorzugsbehandlung sowie Präferenzerosion soll bei der Ausarbeitung der neuen Verhandlungsgrundlage eine zentrale Rolle zukommen.

Mit freundlichen Grüßen



Marianne Hochuli
Erklärung von Bern

Beilage: Studie zu Zolllsenkungen bei Industriegütern und ihre Auswirkungen auf Entwicklungsländer

Kopien an:

Herrn Luzius Wasescha, seco
Frau Marie-Gabrielle Ineichen, seco
Herrn Regis Avanthay, DEZA
Herrn Michel Gressot, DEZA
Frau Annemarie Sancar, DEZA